Nr. 57a
VII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
2. Februar 1898

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

ſitzung vom 1. Februar, 11 Uhr Vormittags.

Miniſterticſ Freiherr v. Hammerſtein.

ent **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung.

weite Berathung des Etats wird beim Etat der landwirthſchaftlichen Verwaltung **landwirthſchaftliche Lehr-** und ſonſtige wiſſenſchaftliche Lehrzwecke fortgeſetzt.

Titel **Pomologiſche Inſtitute** bemerkt

Abg. **Lotichius** (natl.):

ſtitut zu Geiſenheim entfaltet eine ſehr ſegensreiche Wir- **Oſtkultur** ſteht denn auch bei uns in hoher Blüthe. Zu ſeit tritt nun eine ſtarke Konkurrenz des ausländiſchen pur. Da iſt es denn doch berechtigt, zum Mindeſten zu daß das inländiſche Obſt zu deutſchen tarifariſchen Bedin- erſendet werden darf wie das ausländiſche. Belgiſches ndiſches Obſt genießen aber die Vergünſtigung des Tarifs I, heimiſches und friſches Obſt dagegen nicht aufkommen vorigen Jahre iſt die Sache auf Grund eines Antrages ndelt worden, der ſehr wohlwollend aufgenommen und eine Zuläſſigkeit abgelehnt wurde. Es wäre doch alſo ſchenswerth, daß für unſer deutſches Obſt **Tarifungen** eingeführt werden, damit die Oſtbauer mit dem konkurriren können.

Geheimer Regierungsrath **Conrad** erwiedert:

che gehört zu eigentlich vor das Forum des Herrn Miniſters chen Arbeiten; aber ich erinnere daran, daß der Regierungs- im vorigen Jahre eine durchaus wohlwollende Haltung age Knebel gegenüber einnehmen konnte. Anläßlich der Petitionen in dieſer Sache hat der Herr Miniſter für ſchaft die Angelegenheit dem Herrn Miniſter für öffent- ten überreicht. Eine Antwort iſt darauf noch nicht erfolgt.

Abg. **Knebel** (natl.):

t zu **hohen Tarifen** erwuchs im vorigen Jahre die größte während der Weſten eine ſehr ſpärliche Oſternte hatte, ſten gerade das Gegentheil der Fall. Aber eine Aus- onnte wegen der geringen Beweglichkeit der Tarife nicht Die Konkurrenz des **fremden Oſtes** nimmt in rapider In dem dreijährigen Zeitraum 1892/94 wurde an Obſt, tſchland ſelbſt produzirt, mehr eingeführt als ausgeführt ionen Mark, in der Periode 1893/95 für 69 Millionen Mark r Zeit 1894/96 ſogar für 90½ Millionen Mark. Daraus s aber auch die beſondere Pflicht, für verwehrten Oſtbau und dieſen zu pflegen. Bei der Einführung fremden Oſtes uf die große Gefahr aufmerkſam machen, welche unſerem rch Miteinführung von **Oſtbaumſchädlingen** droht, namentlich die St. Joſé-Schildlaus, welche drüben große en anrichtet. Wir werden alle Aufmerkſamkeit darauf zu n, daß unſere Oſtbauer nicht neuen Gefahren ausgeſetzt ch ein **Weinſchädling**, der Heu- und Sauerwurm, er Moſel immer größere Verheerungen an und es erwächſt der Staatsregierung die dringende Aufgabe, die Lebens- dieſes Schädlings und die Bedingungen, wie den Ver- vorzubeugen ſein möchte, eingehend ſtudiren zu laſſen.

Geheimer Reg.-Rath **Müller**

verſtehen iſt — ſagt die möglichſte Berückſichtigung der n Klagen zu.

Geheimer Reg.-Rath **Wegener**:

erung hat dem amerikaniſchen Obſtſchädling ſchon ſeit ihre volle Beachtung zugewendet; es ſind in dieſer Be- nächſt Maßnahmen zu erwarten. Die durch die Verheer- Heu- und Sauerwurms drohenden Gefahren ſind ebenfalls ſichtigt geblieben; auch hier wird die Staatsregierung ſprechen laſſen.

wird **bewilligt**.

Titel **Landwirthſchaftliche Mittel- und Fortbil-** **n** ſpricht der

Abg. **Barthold** (freiſ.):

mich, daß jetzt endlich für dieſe Mittelſchulen etwas gethan wird. Mit dem Mehr von 70,000 Mark, das lt iſt, läßt ſich ſchon etwas leiſten. Die landwirthſchaft- ſchulen ſind namentlich für die bäuerliche Bevölkerung Segen; man wird alſo für deren Pflege recht erntlich müſſen, in gleichem Maße aber auch für die Unter- **Wanderlehrer.** Deshalb wäre es ſehr zu wünſchen, Zwecke im nächſten Jahre größere Summen aufgewendet gen bin ich nicht der Anſicht, daß die Fortbildungsſchulen von Nutzen ſind. (Zuſtimmung.) Will man mit dieſen n erreichen, ſo muß man ſie mit ſachlichem Unterrichte zu bedarf es praktiſch geſchulter Wanderlehrer. Ich bei die Staatsregierung, ihr Augenmerk mehr auf die von Fachſchulen zu lenken, ſtatt Realſchulen und Gymn- dten zu gründen. **Meiner Anſicht nach wird noch ſtudirt.** Unten thut die Belehrung weit mehr noth; s geſchehen. (Beifall rechts.)

Geheimer Regierungsrath **Müller**:

unterricht hat mit den ländlichen Fortbildungsſchulen t. Es liegt nicht in der Abſicht, ihn damit zu verbinden, ich nur darum, den Unterricht an den ländlichen Fort- n in Verbindung zu ſehen mit den praktiſchen Bedürf- hältniſſen, und den Lehrſtoff dem entſprechend anzu- e warmen Worte des Vorredners für die landwirthſchaftlichen Schulen verdienen Dank.

Abg. **v. Mendel-Steinfels** (conſ.):

ne Entwickelung hat den Landwirth auf ganz neue gt, welche nicht nur umfaſſendere Ausbildung in ſeinem n auch in der **Hauswirthſchaft** erforderlich machen, für den Mann, ſondern auch für die Frau. Sehr ſüddeutſches Sprichwort: Der Mann kann in einem so viel in die Scheune fahren, wie die Frau in der em Hauſe tragen kann." Es muß alſo auch in die das hineingelegt werden, was ſie befähigt, dem Manne ehen in der Wirthſchaft und dem Vaterlande tüchtige ſchter zu erziehen. Ich bin deshalb ein Freund der Theorie und Praxis für die Mädchen verbinden.

rthſchaftsminiſter Freiherr **v. Hammerſtein**:

weifellos richtig anzuerkennen, daß der Erwerb eines t Reinertrages beſonders bei dem mittleren und eſitz jetzt faſt mehr in der Hand der Frau als in der gt. Die Frau muß durch ihre Thätigkeit im Weſent- ertrag ſchaffen, während der Mann die Rohprodukte der Frau ſtellt. Es gilt dies namentlich in Bezug und Geflügelzucht und die Gartenkultur. Dazu die Führung des Hausſtandes nach der Seite der falls von der weiteſten Bedeutung iſt. Endlich kommt ch die Frage nicht blos eine wirthſchaftliche, ſondern **politiſche Bedeutung** hat. Es ſteht feſt, daß, wenn m Manne den Aufenthalt zu einem zufriedenſtellenden Mann veranlaßt, nicht aus dem Hauſe zu gehen und t. Ich bin mit den Darlegungen des Abg. v. Mendel- haus einverſtanden, ich habe auch im vorigen verſucht, von der Staatsregierung Mittel für die ulen zur Verfügung geſtellt zu erhalten.

Abg. **Dr. Dünkelberg** (natl.):

Organiſation der **landwirthſchaftlichen Mittelſchulen** iſt nicht zweckentſprechend, ſie ſind zur Zeit Realſchulen zweiter Ordnung, wo die eigentlichen Realfächer Einbuße erleiden, die Landwirthſchaft aber nicht ordentlich gepflegt wird. Es empfiehlt ſich eine Abänderung dahin, daß man an einem Orte, wo eine Realſchule beſteht, die Möglichkeit zum Beſuch von landwirthſchaftlichen Winterſchulen ſchaffe.

Miniſterialdirektor Dr. **Thiel**:

Die Staatsregierung iſt nicht in der Lage, den Vorſchlägen des Herrn Vorredners zu folgen, zumal dieſelben nicht von einer vollen Kenntniß der einſchlägigen Verhältniſſe zeugen. Die landwirthſchaftliche Verwaltung ſteht auf dem Standpunkte, daß es beſſer iſt, diejenigen Elemente, welche, um die Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienſt zu erlangen, etwa andere Schulen beſucht hätten, zu dieſen Mittelſchulen heranzuziehen.

Abg. Dr. **Glattfelder** (Ctr.):

Ich halte es für durchaus richtig, daß die ländlichen Fortbildungsſchulen nicht etwa zu reinen Fachſchulen gemacht, ſondern daß der Unterricht in ihnen einen mehr fachlichen Charakter als bisher erhält. Es wäre deshalb ſehr intereſſant, zu erfahren, wie der Verſuch in Schleſien ausgeſchlagen iſt, von den vier wöchentlichen Unterrichtsſtunden zwei auf den allgemeinen und zwei auf den fachlichen Unterricht zu verwenden.

Geheimer Rath **Müller**:

Die Erfahrungen im Kreiſe Rybnik umfaſſen erſt ein Winterhalbjahr und ſind darum wohl noch nicht für Schlüſſe auf den Werth der Einrichtung geeignet. Die Mittheilungen, welche vorliegen, lauten aber günſtig.

Abg. **Leppelmann** (Ctr.)

empfiehlt, ſo weit er auf der Tribüne verſtändlich iſt, die Ausbildung **ländlicher Hauswirthſchaftsſchulen.**

Abg. **v. Brockhauſen** (konſ.):

Die Landwirthe ſchicken ihre Söhne gern auf die landwirthſchaftlichen Mittelſchulen; deshalb ſollten dieſen Schulen auch erhöhte Rechte gegeben werden. Ich denke an das Recht, daß das Abiturium dieſer Schulen zum Feldmeſſerſtudium berechtigt. Den Elementarlehrern dieſer Schulen ſollten die Wohlthaten der Provinzialwittwen- und Waiſenkaſſen zugänglich gemacht werden. Beſonders ſchimm ſteht es in Schiewelbein.

Geh. Rath **Müller**:

Die Statuten der Provinzialwittwen- und Waiſenkaſſe Pommerns enthalten keine Beſtimmungen über die Aufnahme dieſer Elementarlehrer. Die Mehrzahl der betheiligten Städte war geneigt, dieſe Schiwelbeiner Lehrer mit aufzunehmen, die Aufnahme ſcheiterte aber am Widerſpruche der Stadt Gartz. Es iſt uns bisher nicht gelungen, die Zuſtimmung dieſer Stadt zu erlangen. Ich bitte den Vorredner, uns behilflich zu ſein.

Abg. Dr. **Dünkelberg** (natl.):

Der Regierungskommiſſar hat mich nicht ganz richtig verſtanden, ſonſt hätte er mir nicht die Kenntniſſe abgeſprochen. Ich hatte beſonders auf die Nothwendigkeit einer genauen Kenntniß des Schulermaterials für die Wahl des Bildungsganges hingewieſen. Man ſollte ſich deshalb nicht an eine Schablone für alle Landestheile halten, ſondern je nach der Vorbedingung des Schülermaterials die Schulform wählen.

Der Titel wird **bewilligt**, ebenſo das Kapitel.

Beim Abſchnitt **Veterinärweſen**, Kapitel Beſoldungen 405,800 Mark bemerkt

Abg. Freiherr **v. Schorlemer-Alſt** (freiſ.):

Ich ſpreche meine Freude über die Erhöhung dieſes Kapitels um 35,300 Mark zur Vermehrung der beamteten Thierärzte aus. Ich bezweifle aber, ob dieſe Vermehrung ausreicht. In Poſen fehlen noch recht viel Kreisthierärzte, und beſonders bitte ich, die beiden Kreiſe Liſſa und Frauſtadt zu bedenken.

Geheimrath **Wegener**:

Die Verwaltung hat den Wunſch, jedem Kreis einen Kreisthierarzt zu geben. Es war bisher nicht möglich. Ich kann dem Vorredner aber ſagen, daß die ihm am Herzen liegenden Kreiſe ſchon vorgemerkt ſind.

Abg. **Herold** (Ctr.):

Die Koſten der Unterſuchungen, die heute vom Viehbeſitzer getragen werden müſſen, ſollten vom Staat übernommen werden. Ich behalte mir vor, einen Initiativantrag zu ſtellen, der eine Abänderung des Viehſeuchengeſetzes von 1881 nach dieſer Richtung formulirt.

Das Kapitel wird **bewilligt**.

Beim Kapitel 105, **Förderung der Fiſcherei** befürwortet

Abg. **Symula** (Ctr.)

eine ſtaatliche Unterſtützung beſonders der **kleinen heimiſchen Fiſchzucht.** Es fehle noch an einer ſtaatlichen Lehranſtalt, wo die Erforderniſſe der Teichfiſchzucht und -Fiſcherei geſehen werden. Die Fiſchereivereine müſſen ſtaatlich beſſer unterſtützt werden. Die Lehranſtalt für Teichwirthſchaft ſollte in Breslau errichtet werden. Bis jetzt iſt mir das nicht gelungen, ich werde aber meine Bemühungen fortſetzen, und nach einer mir privatim gemachten Mittheilung des Finanzminiſters hoffe ich, daß im nächſten Jahre eine direkte Summe in den Staatshaushaltsetat wird eingeſtellt werden können. Dabei bitte ich aber die Provinzialverwaltungen, damit zu rechnen, daß der Staat nicht allein die Sache in die Hand nimmt; ſie iſt mit Aufgabe der Landwirthſchaftskammern der Provinzialverbände, und der Staat muß nur helfend eingreifen. Die Landwirthſchaftskammern und Provinzialverbände ſind übrigens ſchon jetzt vorgegangen. Meinerſeits ſoll alles geſchehen, daß die Staatsregierung direkte Mittel einſtellt, um hier helfend einzugreifen. (Beifall.)

Geheimrath **Friedberg**:

Die zur Förderung der Fiſcherei ausgeworfenen Mittel werden überwiegend zur Förderung der Binnenfiſcherei verwandt. An der Landwirthſchaftlichen Hochſchule in Berlin ſind Vorträge über die Teichwirthſchaft in Ausſicht genommen, die in Verbindung mit den Arbeiten des biologiſchen Inſtituts am Biſſgeleſee geſetzt werden ſollen. Die Erfolge dieſer Unterſuchungen müſſen abgewartet werden, ehe man zu Unterrichtseinrichtungen anderswo übergeht.

Das Kapitel wird **bewilligt**.

Beim Kapitel **Landesmeliorationen, Moor-, Teich-, Ufer- und Dünenweſen** erklärt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Oſtrop (Ctr.)

ein **Regierungskommiſſar**:

Durch einen im Juli vorigen Jahres veröffentlichten Miniſterialerlaß iſt vorgeſchrieben, daß die Regulirung eines Theiles eines Flußlaufes nicht eher in Angriff genommen werden ſolle, ehe das Geſammtſyſtem der Flußregulirung vorgelegt ſei. Es wird alſo künftig ſtets auf den Unterlauf bei Regulirungen oberer Strecken Bedacht genommen.

Das Kapitel wird **bewilligt**, desgleichen der Reſt der ordentlichen Ausgaben.

Es folgen die **einmaligen und außerordentlichen Ausgaben.**

Bei den Titeln **Zur Förderung der Land- und Forſtwirthſchaft im Eifelgebiet**, den öſtlichen, den weſtlichen Provinzen ꝛc. führt

Abg. **Krawinkel** (natl.)

aus: Für die weſtlichen Provinzen ſind nur 200,000 Mark — allerdings 100,000 Mark mehr als im Vorjahr — ausgeworfen. Das iſt ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich bitte den Miniſter, im kommenden Jahre wieder auf eine Erhöhung dieſer Poſition Bedacht zu nehmen; allein ſchon die vielen **Oedländereien** erheiſchen ſolche Mittel. Desgleichen bitte ich ihn, für die Ausbreitung des **Eiſenbahnnetzes** zu wirken; beſonders der arme Kreis Waldbroel und mein Heimathskreis bedarf deſſen.

Miniſter Freiherr **v. Hammerſtein**:

Für Aufforſtung von Oedlandereien ſtehen uns noch andere Mittel zur Verfügung. Ich trete gern dafür ein, aber meine Wünſche werden nicht alle vom Finanzminiſterium bewilligt. Für die Förderung des Verkehrs bemühe ich mich, ſo ſehr ich es in meinem Reſſort kann.

Abg. **Sattler** (natl.):

Ich vermiſſe in dieſem Jahre einen Titel zur Förderung des **landwirthſchaftlichen Genoſſenſchaftsweſens,** der im vorigen Jahre mit 300,000 Mark ausgeworfen war. Weshalb iſt dieſe Poſition geſtrichen worden? Ich nehme an, daß die Regierung gemeint hat, durch die Errichtung von Korruſtos ſei in dieſer Richtung das Nöthige geſchehen. Ich würde dieſe Anfrage auch nicht geſtellt haben, wenn wir in der Budgetkommiſſion eine Auskunft bekommen hätten.

Landwirthſchaftsminiſter Frhr. **v. Hammerſtein**:

Ich kann nur mein Bedauern ausſprechen, daß dieſer Fonds in dieſem Jahre nicht wieder vom Finanzminiſterium bewilligt worden iſt. Indeſſen konnten wir uns den Gründen, die uns entgegengehalten wurden, nicht ganz verſchließen. Die Summe war beſtimmt zur Gewährung von Darlehen, die amortiſirt und verzinſt werden ſollten, und der Finanzminiſter wies darauf hin, daß die zurückkommenden Amortiſationen ausreichen ſollten, um erneuten Anforderungen auf dieſem Gebiete Rechnung zu tragen. Zweitens liegt ein Bedürfniß nicht vor. Deshalb iſt in dieſem Jahre der Titel aus dem Etat geſtrichen worden, ohne aber damit ein Präjudiz für die Zukunft zu ſchaffen.

Abg. **v. Eichel** (konſ.):

Die Auskunft des Herrn Miniſters beruhigt mich etwas. Die Summe von 300,000 Mark iſt ebenſo häufig angewandt worden, denn das ländliche Genoſſenſchaftsweſen hat bei uns eine Entwicklung genommen wie kaum in einem anderen Lande. Ich will hier kein Loblied der Genoſſenſchaft ſingen. Aber ich kann wohl ſagen, daß auch wir das Genoſſenſchaftsweſen kräftig unterſtützt, und die Konſervativen von ſich ſagen können, daß ſie gerade die landwirthſchaftliche Selbſthilfe ſtets in die erſte Linie geſtellt haben. Die Abgg. Rickert und Richter haben durchaus keinen Anlaß, uns immer als **begehrliche Leute** hinzuſtellen, die wir immer vom Staate haben wollten und immer nur daran dächten, den Konſumenten das Brod zu vertheuern. (Beifall rechts.)

Abg. **Baenſch-Schmidtlein** (freiſ.):

Die Unterzeichner des Antrages Baenſch und Genoſſen ſowie die am meiſten intereſſirten Abgeordneten aller Fraktionen dieſes Hauſes haben mich beauftragt, hierauf die Erklärung abzugeben, daß wir nicht geneigt ſind, bei dieſer Poſition, wo 100,000 Mark ausgeworfen ſind, zu verſuchen, für die Ermittelung und Ausführung geeigneter Maßnahmen zur Zurückhaltung der Gewäſſer und der Geſchiebe in den Quellgebieten der Gebirgsflüſſe die Frage wegen der in der Thronrede in Ausſicht geſtellten Vorlage über Beſeitigung der durch das Hochwaſſer entſtandenen Schäden und ihrer Folgen ſchon jetzt anzuſchneiden, weil wir der Meinung ſind, daß dieſe Angelegenheit von ſo großer Wichtigkeit und von ſo weittragender Bedeutung iſt, daß wir gewillt ſind, dieſelbe in einer beſonderen Sitzung zu verhandeln, um ſo mehr, nachdem begründete Ausſicht gegeben iſt, daß dieſe ſehnlichſt und längſt erwartete Vorlage demnächſt dem Landtage der Monarchie wird vorgelegt werden; um ſo mehr iſt dies wünſchenswerth, weil wir am heutigen Tage erſt wiederum die tiefſtraurige Nachricht erfahren haben, daß im Laufe des geſtrigen Nachmittags das Hirſchberger Thal wieder durch ein ſchweres Hochwaſſer heimgeſucht iſt, ein Hochwaſſer, das um ſo ſchwerer in den nicht ausgeräumten Flüſſen dort wirkt, dieſelben ſofort zum Ausufern bringt und naturgemäß die ganze Bevölkerung fortwährend in Kummer, Sorge, Angſt und Noth erhalten muß. Wir betheiligten Abgeordneten aller Fraktionen nehmen beſtimmt an, daß im ganzen Lande Niemand — vielleicht Diejenigen ausgenommen, deren Brille im Parteiintereſſe ſtark gefärbt iſt — glauben wird, daß wir irgend einen Schritt verabſäumt hätten, um eine viel ſchnellere Einbringung dieſer Vorlage zu ermöglichen. Wir, dieſe betreffenden Abgeordneten, ſind bereits bei Eröffnung des Landtages zuſammengetreten, um gemeinſam diejenigen Schritte zu berathen, welche es uns nach dieſer Richtung hin ermöglichen könnten, und von denen wir hoffen durften, dieſe Vorlage eher zu erhalten, und ich glaube, daß die Herren in dem betreffenden Miniſterium uns am beſten als Zeugen dienen könnten dafür, daß wir oft mit derartigen Anfragen an ſie herangekommen ſind. Ich bitte den Herrn Miniſter, uns giltigſt eine Erklärung abgeben zu wollen, daß dieſe Vorlage in allernächſter Zeit dem Landtage wird vorgelegt werden, eine Erklärung, welche im ganzen Lande, namentlich in den betheiligten Landestheilen, eine große Befriedigung hervorrufen wird. (Beifall.)

Miniſter Freiherr **v. Hammerſtein**:

Ich nehme keinen Anſtand, auf die an mich gerichtete Anfrage zu erwiedern. Ich ſchicke aber voraus, daß mir heute Morgen die Mittheilung geworden iſt, der Dreiß iſt infolge Hochwaſſer aus ſeinen Ufern getreten. Es iſt dabei jedoch berichtet, daß bis jetzt größere Gefahren durch das Austreten nicht zu befürchten ſeien. Ich habe angeordnet, daß der zuſtändige Meliorationsbeamte mich fortwährend über die Sachlage unterrichte; ich werde dann vielleicht noch Veranlaſſung nehmen, ſolche Nachrichten über den weiteren Verlauf dem hohen Hauſe mitzutheilen. Anläßlich der Hochwaſſerſchäden beabſichtigt die Staatsregierung, zwei Vorlagen an den Landtag gelangen zu laſſen, und zwar eine anlangend die Beſeitigung der Nothſtände, die Erhaltung der Betheiligten im Nahrungszuſtande. In dieſer Vorlage werden auch Mittel erbeten werden, um die durch Geröll verſperrten Flußläufe zu räumen, ſie wieder in ihren normalen Zuſtand zu verſetzen. Auch iſt in Ausſicht genommen, bedenkliche Hinderniſſe im Hochwaſſerprofil möglichſt bald zu beſeitigen. Eine zweite Vorlage wird von den betreffenden Reſſorts vorbereitet, welche bezweckt, präventiv gegen die Wiederkehr ſolcher Schäden vorzugehen. Dieſe Vorlage bietet beſondere Schwierigkeiten, weil nicht die Gebirgsflüſſe allein in Frage kommen, ſondern auch der Hauptrezipient, die Oder. Bei den Verhandlungen im Herrenhauſe iſt ſchon betont worden, daß man die Befürchtung hegt, daß eine Korrektion der Gebirgsflüſſe im unteren Lauf der Oder ganz erheblichen Schaden anrichten werde. Beide Vorlagen bedürfen einmal der endgiltigen Feſtſtellung im Staatsminiſterium; das wird wahrſcheinlich in kurzer Friſt geſchehen. Dann werden die Vorlagen aber, weil ſie prinzipiellen Charakters ſind, den beiden Provinziallandtagen der Provinzen Schleſien und Brandenburg vorgelegt werden müſſen. Der Landtag der Provinz Brandenburg tritt am 20. d. M. und derjenige für Schleſien, ſoweit ich mich erinnere, am 3. k. M. zuſammen. Bis dahin müſſen die betreffenden Vorlagen fertig geſtellt ſein, um ſie den Landtagen unterbreiten zu können. Wenn der Beſchluß der Provinziallandtage vorliegt, wird die Staatsregierung endgiltig über dieſenigen Vorlagen ſich entſchließen, welche ſie dem Landtage der Monarchie zu unterbreiten für nothwendig erachtet. Ich bin alſo nicht in der Lage, beſtimmt zu erklären, wann die betreffenden Vorlagen an den Landtag gelangen werden. Ich muß mich darauf beſchränken, zu erklären, daß die Staatsregierung, die bisher alles gethan hat, um die Sache zu fördern, auch gewillt iſt, die Angelegenheit thunlichſt zu beſchleunigen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die dennächſtigen Anträge der königlichen Staatsregierung und ihre Verabſchiedung im Landtage allen berechtigten Anforderungen und Anſprüchen der Betheiligten genügen werden. (Beifall.)

Abg. **Baenſch-Schmidtlein** (freiſ.):

Wir ſind der Meinung geweſen, daß nur die Vorlage, die künftigen Gefahren vorbeugen will, dem Provinziallandtage zur Begutachtung